

Niemals vergessen wir, niemals schweigen wir

Erinnerung an den blutigen Bürgerkrieg in Peru

Im August und September dieses Jahres wurde in Peru des 10. Jahrestages der Übergabe des Abschlussberichts der Wahrheits- und Versöhnungskommission (*Comisión de la Verdad y Reconciliación* – CVR) und des 30. Geburtstags der „Nationalen Vereinigung von Angehörigen von Entführten, Verhafteten und Verschwundenen Perus“ (ANFASEP) gedacht. In verschiedenen Städten gab es eine Reihe von politischen und kulturellen Veranstaltungen, um der Gewalt in Peru von 1980 bis 2000 zu gedenken. Für ihren unermüdlichen Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit verlieh die Bürgermeisterin von Lima, Susana Villarán, den Verdienstorden im Grad des Großen Kreuzes an Angélica Mendoza de Ascarza, Gründerin von ANFASEP, sowie an Salomón Lerner Febres, ex-Präsident der CVR. Dieser begann seine Ansprache unter dem Motto „Niemals vergessen wir, niemals schweigen wir“ und bekräftigte sein Engagement für die Umsetzung der Empfehlungen der CVR.

Der Abschlussbericht der Wahrheits- und Versöhnungskommissionen (CVR) führte Peru eine doppelte Tragödie vor Augen. Auf der einen Seite standen die Folter, die Ermordungen und das Verschwindenlassen von Tausenden von Menschen, auf der anderen die Indifferenz, die Delegitimierung und die Ablehnung durch weite Teile der Gesellschaft und der peruanischen Politik, was bis heute die Umsetzung der Empfehlungen der CVR behindert. Zu den wichtigsten Empfehlungen der Kommission gehören erstens eine integrale Entschädigung für die Opfer der Gewalt, zweitens institutionelle Reformen, darunter die Einrichtung spezialisierter Einheiten in der Staatsanwaltschaft und im Gerichtswesen, um Fälle von Menschenrechtsverletzungen, insbesondere in den am meisten betroffenen Regionen, zu untersuchen, und drittens ein nationaler Plan der Beerdigungsstätten, einschließlich eines integralen Plans zur anthropologisch-forensischen Intervention. Mit dem Gesetz 28592 wurde 2005 der Integrale Reparationsplan verabschiedet und das Einheitliche Opferregister eingerichtet. Der Reparationsplan sieht sieben Entschädigungsprogramme vor: Wiedererlangung bürgerlicher Rechte, Bildung, Gesundheit, Wohnraum,

kollektive, symbolische und individuelle Entschädigung. Bei der kollektiven Entschädigung waren bis März 2013 5697 Dörfer im Opferregister eingeschrieben. Von diesen haben nur 33 Prozent eine Entschädigung in Höhe von jeweils 100 000 Nuevos Soles (ca. 26 500 Euro) für Projekte wie Fisch- oder Meerschweinchenzucht, den Bau von Gesundheitsstationen oder Gemeindesälen erhalten. Viele dieser Projekte sind wegen des Fehlens von Ausbildung und eines Monitoringprozesses nicht nachhaltig. Auch kennen viele Opfer ihren Entschädigungscharakter nicht, sondern sind der Meinung, dass sie diese Projekte der Amtsführung ihres Bürgermeisters zu verdanken haben. Im Hinblick auf die individuelle Entschädigung stehen von den 182 350 Personen, die ins Opferregister eingeschrieben sind, nur 37,2 Prozent in einer der bislang neun Listen von Empfängern oder sind bereits als Opfer von Vergewaltigung, als Angehörige von Ermordeten oder Verschwundenen oder weil sie wegen erlittener Folter behindert sind, entschädigt worden. Andere Verletzungen wie Folter oder illegale Verhaftungen werden noch nicht entschädigt.

Mit dem Dekret 051-2011-PCM, welches das Entschädigungsprogramm initiierte, wurde gleichzeitig das Opferregister zum 31. Dezember 2011 geschlossen. Dies bedeutet, dass Opfer, die sich nach Ablauf dieses Datums eingeschrieben haben oder einschreiben, von der individuellen Entschädigung ausgeschlossen sind. Dieses Dekret legte auch die Höhe der Entschädigung auf 10 000 Nuevos Soles (ca. 2650 Euro) fest. Dies ist weniger als der peruanische Staat national und international in anderen Fällen anerkannt hat. Nicht anerkannt wird, wenn eine Person mehrfach Opfer von Gewaltanwendungen wurde. Die Entschädigung kann im Todesfall nicht an andere Familienangehörige vererbt werden. Bei den Programmen für Bildung und Wohnraum gibt es laut dem Bericht 162 der *Defensoría del Pueblo* (die staatliche Ombudsbehörde) keine Fortschritte. Im Programm der symbolischen Entschädigungen gab es einige Initiativen seitens verschiedener staatlicher Ebenen, wie den *Lugar de Memoria* in Lima, welcher durch die deutsche Regierung finanziert wird oder bestimmte Gedenktage, aber auch Erinnerungsmuseen wie das von ANFASEP in Ayacucho.

Aktuell existieren in Lima vier und in Ayacucho drei Staatsanwaltschaften, die Menschenrechtsverletzungen untersuchen. Das Justizsystem Perus weist eine hohe Anzahl von Defiziten auf. Logistische und finanzielle Ressourcen sind begrenzt, es gibt keine regelmäßige Fortbildung und Spezialisierung von Staatsanwälten und Richtern in Fällen von Untersuchungen oder



FOTO: MURAT TEBATERAI



FOTOS: MURAT TEBATEBAI

30 Jahre ANFASEP: Gedenken an die Verschwundenen am 2. September 2013

Verfahren gegen Mitglieder der Streitkräfte. Auf der anderen Seite geben das Verteidigungsministerium und das Militär beantragte Informationen nicht heraus, die dazu dienen könnten, vermutliche Täter zu identifizieren oder Verbrechen aufzuklären. Die Sonderstaatsanwaltschaften sind nicht nur für Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Terrorismus, sondern für weitere fünf Delikte zuständig, was ihre Arbeitsbelastung erhöht und Untersuchungen in Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit behindert. In Ayacucho wurden von 1646 Fällen von Menschenrechtsverletzungen 358 provisorisch und 735 definitiv archiviert. Diese Zahlen weisen auch auf eine andere Schwierigkeit hin: Während die Mehrzahl der angeklagten Militärangehörigen einen vom Staat finanzierten Rechtsbeistand hat, verfügt die Mehrheit der Opfer über keine rechtliche Vertretung und nicht über die finanziellen Möglichkeiten, um ihre Anzeigen weiter zu verfolgen. Im Gerichtswesen gibt es zwar ein Subsystem, um schwere Fälle von Menschenrechtsverletzungen zu verhandeln, welches gegenwärtig Schwächen aufweist, insbesondere durch Verzögerungen bei der Planung und Durchführung von Ermittlungen und Beweisaufnahmeverfahren an den Tatorten oder durch fehlende Ressourcen, um die Fahrtkosten der Zeugen zu den mündlichen Verhandlungen zu bezahlen. Es gibt weitere Hindernisse, die es den Opfern erschweren, Gerechtigkeit zu finden: Immer wieder werden sie als Zeugen disqualifiziert. Sie werden aufgefordert, schriftliche Beweise oder Augenzeugen für die Verbrechen beizubringen. Fortschritte im internationalen Recht oder der internationalen Rechtsprechung in Fällen von Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind nicht bekannt oder werden nicht angewendet.

Es gibt in Peru keine einheitliche Zahl über gewaltsam verschwundene Personen. Das Gerichtsmedizinische Institut schätzte 2011, dass es über 15 000 Menschen sein

müssten. 4660 Beerdigungsorte wurden registriert, von denen sich fast die Hälfte im Departement Ayacucho befindet. Zwischen 2002 und April 2013 realisierte das Forensikerteam des Gerichtsmedizinischen Instituts 495 forensische Untersuchungen in verschiedenen Departements und exhumierte die sterblichen Überreste von 2478 Personen. Von diesen konnten 60 Prozent identifiziert und 53 Prozent an ihre Angehörigen übergeben werden. Die Exhumierungen folgen in erster Linie dem Ziel strafrechtlicher Verfolgung und berücksichtigen keine humanitären Aspekte, wie die Suche, Identifizierung, die Übergabe der Verschwundenen an ihre Angehörigen und deren Beerdigung. Es gab Fälle, in denen die Forensiker Skelette aus Einzelgräbern auf Gemeindefriedhöfen exhumierten, obwohl die Angehörigen sich gegen eine Exhumierung wehrten, auch weil es keine strafrechtliche Verfolgung gibt. Forensische Untersuchungen sehen keine psychosoziale Begleitung der Familienangehörigen der zu exhumierenden Personen vor. Sie berücksichtigen auch nicht die Bedürfnisse der mehrheitlich in extremer Armut lebenden Angehörigen, was ihre Reise in die Departementshauptstädte zur Übergabe der Toten oder deren Beerdigung angeht. Bis heute gibt es keine öffentliche Politik, welche diese Thematik in ihrer gesamten Komplexität behandeln. Nachdem die Zivilgesellschaft seit Jahren gefordert hatte, dass eine Politik zur Suche von verschwundenen Personen etabliert wird, kündigte der Vizeminister für Justiz und Menschenrechte, José Ávila Herrera, am 2. September 2013, am 30. Geburtstag von ANFASEP, in Ayacucho an, dass die Regierung einen Gesetzesentwurf vorbereitet, um einen Nationalen Plan zur Suche von verschwundenen Personen zu etablieren, der auch ein offizielles Register, eine Gendatenbank sowie die Rückgabe der Knochenreste unter würdigen Bedingungen vorsieht.

Der Abschlussbericht der CVR hebt dies in Schlussfolgerung Nr. 148 ANFASEP, die in ihrer überwiegenden Mehrheit aus quechuasprachigen Ayacuchanerinnen besteht, anerkennend hervor.

30 Jahre ANFASEP, unter diesem Vorzeichen fand auch das internationale Treffen von Opferorganisationen in Ayacucho Ende August statt. Nach zwei Tagen der Diskussion und des Austauschs endete das Treffen mit konkreten Forderungen an die Regierung wie die umfassende Umsetzung der Reparationspolitik, die Modifizierung des Dekrets 051-2011-PCM und die Erhöhung der Summe auf ca. 9800 Euro, die Anerkennung von mehrfachen Gewalterfahrungen und der Rechtsfolge der Kinder und Enkel, kostenlose Rechtsberatung für die Angehörigen der Opfer, die Einrichtung von Erinnerungsorten in allen Provinzen Ayacucho, insbesondere die Errichtung der Gedenkstätte in La Hoyada sowie die Umsetzung eines Plans zur anthropologisch-forensischen Intervention.

Die staatliche Ombudsstelle *Defensoría del Pueblo* erkannte die Beständigkeit und Beharrlichkeit von ANFASEP im Kampf für Wahrheit und Gerechtigkeit im Jahr 1997 an. 1999 wurde ANFASEP mit dem Ángel-Escobar-Jurado-Preis der Nationalen Menschenrechtskoordination *Coordinadora Nacional de Derechos Humanos* und 2003 mit dem John-Humphrey-Freiheitspreis des Internationalen Zentrums für Menschenrechte und demokratische Entwicklung *Rights & Democracy* des kanadischen Parlaments ausgezeichnet, den die Präsidentin Angélica Mendoza de Ascarza, bekannt als Mama Angélica, stellvertretend entgegennahm. 2004 ehrte die peruanische Regierung, vertreten durch das Frauen- und Entwicklungsministerium, Mamá Angélica mit dem Frauenverdienstorden *Orden de Mérito de la Mujer* 2004. Im August 2013 folgten weitere Auszeichnungen durch den peruanischen Kongress und das Justizministerium.

Damit wird das Engagement ANFASEPs honoriert, welches sich beim Betrieb der Armenküche für Hunderte von Waisenkindern des Bürgerkriegs, die Begleitung ihrer Mitglieder bei der Anzeigenerstattung bei den entsprechenden Institutionen, die Forderung nach der Gründung der Nationalen Menschenrechtskoordination, die Proteste für die Schaffung der CVR und später für die Umsetzung ihrer Empfehlungen, die unermüdliche Suche nach den Verschwundenen und das Streben nach Wahrheit und Gerechtigkeit insbesondere im Fall Cabitos und La Hoyada immer wieder bewährt hat.

Die CVR hob hervor, dass die in der Kaserne Los Cabitos stationierten peruanischen Militärs wie auch die in der Casa Rosada („das Rosa Haus“) untergebrachten Mitglieder des Militärgeheimdienstes Menschenrechtsverletzungen wie willkürliche Festnahmen, Folter, gewaltsames Verschwindenlassen und außergerichtliche Hinrichtungen gegen die zwischen 1983 und 1984 festgenommene Bevölkerung anordneten, duldeten und/oder begingen.

Methoden wie *Submarino* (Beinahe-Ertränken), Elektroschocks und Aufhängen waren an der Tagesordnung. Diese Taten bestätigt der Journalist Ricardo Uceda in seinem Buch *Muerte en el Pentagonito* (Tod im Pentagonito), in dem er auch auf die geheimen Begräbnisse und die Existenz des Ofens in La Hoyada, in dem die Opfer verbrannt wurden, hinweist. Das Kapitel mit dem Titel *La ladrillera* (Die Ziegelbrennerei), das die Gegebenheiten im Stützpunkt Los Cabitos und in La Hoyada beschreibt, basiert auf Informationen von Jesús Sosa Saavedra, alias „Kerosene“, Unteroffizier des peruanischen Militärs, Mitglied des Militärgeheimdienstes SIE und der paramilitärischen Gruppe „Colina“, dem vorgeworfen wird, zwischen 1983 und 1993 unter anderem an den Massakern und außergerichtlichen Hinrichtungen in La Cantuta, Barrios Altos und Los Cabitos sowie dem gewaltsamen Verschwindenlassen von festgenommenen Kämpfern des Leuchtenden Pfades und unschuldigen Zivilisten beteiligt gewesen zu sein.

Bei den zwischen 2005 und 2011 durchgeführten Exhumierungen in „La Hoyada“ wurden die sterblichen Überreste von 109 Personen sowie eine große Menge verkohlter Überreste, deren Identifizierung unmöglich ist, geborgen. Diese Funde veranlassten ANFASEP dazu, den Schutz und die Erklärung des Gebietes als Erinnerungsort sowie die anschließende Errichtung einer Gedenkstätte für alle Opfer des Konflikts zu fordern.

Diese Gedenkstätte soll ein historischer Raum der Erinnerung an alle Opfer sein. Sie soll ein Ort der Erinnerung sein, der für Wahrheit und Gerechtigkeit steht, damit sich die grausamen Geschehnisse niemals wiederholen. In dieser Hinsicht bekräftigte der Vizeminister des Justiz- und Menschenrechtsministeriums während der Feierlichkeiten anlässlich des 30-jährigen Jubiläums von ANFASEP am 2. September dieses Jahres in La Hoyada den Willen der Regierung, der Forderung stattzugeben und La Hoyada als Erinnerungsort zu erklären und eine Gedenkstätte zu errichten.

Seitens der peruanischen Regierung scheint es eine gewisse politische Öffnung diesen Themen gegenüber zu geben. Es ist zu hoffen, dass diese Bereitschaft bald in konkrete Schritte umgesetzt wird. Für die Opfer des bewaffneten internen Konflikts eilt die Zeit. Viele sind bereits gestorben, ohne entschädigt worden zu sein oder vor Gerichten Gerechtigkeit erfahren zu haben. Sie wissen noch immer nicht, was mit ihren verschwundenen Angehörigen geschehen ist und wo sich ihre Reste befinden. Sie haben keinen Ort, an dem sie trauern und ihrer gedenken können. ■

